

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

16.4.1931 (No. 88)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Karlshöhe
Nr. 353
und 354
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. A. M. e. n. d.
Karlsruhe

Wesungspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Postgebühren: — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen halber Rabatt, der als Kassensatz gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Verbreitung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschiff erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Waben, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Verleihung der Rettungsmedaille

Das Staatsministerium hat dem Schlosser Albert Kohlmann in Neustadt i. Schw., der unter eigener Lebensgefahr einen Volksschüler vom Tode des Ertrinkens gerettet hat, die badische Rettungsmedaille verliehen.

Der Umsturz in Spanien

Rein Chronverzicht des Königs

WZ. Marseille, 16. April. (Tel.) Der Kreuzer „Principe Alfonso“, an dessen Bord sich König Alfonso befindet, ist heute früh 6 Uhr auf der See von Marseille angekommen. Der König reist mittags nach Paris weiter. Die Königin traf bereits in Paris ein. Die königliche Familie wird sich voraussichtlich nach England begeben.

Der König hat in Madrid ein Manifest hinterlassen, in dem es heißt: „Mein Gewissen sagt mir, daß die Abneigung des spanischen Volkes keine endgültige sein werde, weil er stets bemüht gewesen sei, Spanien zu dienen. Er hätte verschiedene Mittel anwenden können, um die königlichen Vorrechte aufrechtzuerhalten und seine Gegner wirksam zu bekämpfen. Aber er wollte alles beiseite lassen, was seine Landsleute in einen mörderischen Bürgerkrieg stürzen könnte.“

Dann heißt es weiter: „Ich verzichte auf keines meiner Rechte, weil sie über meine Ansprüche hinaus ein von der Geschichte angehäuftes Gut sind. Ich warte den wahren Ausdruck der öffentlichen Meinung des Volkes ab, und bis die Nation sich geäußert hat, sehe ich freiwillig die Ausübung der königlichen Gewalt aus und entferne mich aus Spanien. Hiermit erkenne ich an, daß Spanien allein Herr seines Geschicks ist. Auch heute glaube ich, die mir durch die Liebe zu meinem Vaterland diktierte Pflicht zu erfüllen.“

Auch die spanische Königin erklärte französischen Journalisten, der König habe nicht abgedankt, er habe nicht einmal seine Befugnisse übertragen, er sei einfach abgereist. Der König habe nicht an die Armee appelliert und auch nicht an die 10 000 Zivilgardisten sich wenden können, die ihm stets die Treue gehalten hätten. Eine kommunistische Woge habe alles hinweggefegt. Wenn das Königspaar in Madrid geblieben wäre, wisse sie nicht, was geschehen wäre.

Somit hat der König die Regierungsgewalt lediglich der provisorischen Regierung übergeben, und zwar bis zur Entscheidung der verfassunggebenden Nationalversammlung. Er habe sich, wie ferner gemeldet wird, ausdrücklich das Recht vorbehalten, wieder nach Spanien zurückzukehren, falls die Nationalversammlung sich nicht für die Republik entscheiden sollte. Er betonte ausdrücklich, daß er seinem Volk ständig zur Verfügung stehe.

Zur Lage

WZ. Paris, 16. April. (Tel.) Der Außenpolitiker des „Matin“ berichtet aus Madrid, von Stunde zu Stunde gestalte sich das Programm der republikanischen Regierung umfangreicher. Anfänglich wollte die Regierung nur die Aufrechterhaltung der Ordnung, bis die die verfassunggebende Versammlung zusammentrete. Jetzt wolle man durch Dekrete die gesamte Gesetzgebung ändern und Grundzüge zur Anwendung bringen, die noch keiner gesetzgebenden Versammlung unterbreitet worden sei. Das sei um so erstaunlicher, als die Gegner der Monarchie im Lande nicht die absolute Mehrheit hätten. Die unentwegten Republikaner dürften 35 bis 40 Proz. der Bevölkerung ausmachen.

Ein unparteiischer Beobachter müsse sich darüber wundern, daß die Regierung schon jetzt soziale und politische Maßnahmen treffe, die den Entscheidungen der künftigen verfassunggebenden Versammlung vorgehen würden, wie Trennung von Kirche und Staat, Freiheit der Glaubensbekenntnisse und allerhand andere einschneidende Reformen, von der Abschaffung der Titel, Auszeichnungen und Uniformen gar nicht zu reden.

WZ. Madrid, 16. April. (Tel.) Nach der gestrigen Sitzung des Ministerrats wurde erklärt, die Regierung habe darüber beraten, wie sie ihrer Verpflichtung gegenüber der Öffentlichkeit, die Verantwortung für die nationale Katastrophe und die unter dem früheren Regime ergriffenen Maßnahmen aufzuklären, nachkommen könne. Zu diesem Zweck würden drei Prozesse eingeleitet werden, nämlich 1. zur Feststellung der Verantwortung für die Katastrophe bei Melilla 1921; 2. über die Amtsführung aller derjenigen, die an der ersten Diktatur teilgenommen haben, und 3. über die Revision des Prozesses von Yaca, in dem die Hauptleute Galan und Garcia Hernandez verurteilt wurden. Der Ministerrat beschäftigte sich ferner mit der Kapitalflucht.

In einer Regierungserklärung wird gesagt, daß die vorläufige Regierung der Republik fest davon überzeugt ist, daß die politischen und sozialen Kräfte des neuen Regimes die Disziplin aufrechterhalten und an der Festigung des Ansehens der Republik arbeiten werden, das die Feinde dieser Staatsform untergraben wollen.

Zusammenstöße in verschiedenen Städten

WZ. Paris, 16. April. Wie Habas aus Madrid berichtet, kam es in Malaga zu ersten Unruhen. Die Menge zerstörte die Redaktionsräume der Zeitung „La Union Mercantil“ und steckte das Gebäude in Brand. Aus Bilbao verlautet, daß dort die Gefängnisse gestürmt und alle Gefangenen befreit wurden.

Letzte Nachrichten

Deutsche Note an den Völkerbund

Erörterung des Zollabkommens durch den Europaausschuß beantragt

Beim Generalsekretär des Völkerbundes ist eine Note des deutschen Außenministers eingetroffen, in der die deutsche Regierung beantragt, daß die durch das Schreiben der Genfer Handelskonvention entstandenen Lage zum Gegenstand einer Aussprache auf der nächsten Tagung der Studientkommission für die europäische Einigung am 15. Mai gemacht wird.

Die deutsche Regierung wünscht, bei dieser Gelegenheit eine Erklärung über die Ziele abzugeben, die sie bei den zollpolitischen Verhandlungen mit Österreich geleitet haben. Sie hält es überdies für wünschenswert, daß die europäische Studientkommission in eine Erörterung der Frage der Präferenzzölle als Mittel zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in Europa eintritt. Weiter hat die deutsche Regierung gebeten, die Frage der Zollbefreiung für Brennstoffe und Schmiermittel für Land-, Wasser- und Luftfahrzeuge auf die Tagesordnung zu setzen.

WZ. London, 16. April. (Priv.-Tel.) Der Genfer Korrespondent des „Daily Herald“ sagt: Die deutsche Note an den Generalsekretär des Völkerbundes wird hier allgemein als ein sehr geschickter Schachzug angesehen, durch den der Völkerbund gezwungen werden wird, alle Seiten des österreichischen Planes zu erörtern, bevor der Völkerbundrat die strikt legale Seite prüfen kann. „Daily Telegraph“ hält es für wahrscheinlich, daß der britische Vorschlag, die Frage der Zollunion auf die Tagesordnung des Völkerbundes zu setzen, gescheitert werden wird. Er glaubt, daß die Erörterung in dem Ausschuss für europäische Union vielleicht die Erörterung der legalen Frage durch den Völkerbundrat unnötig machen werde.

Hochverratsprozess

gegen einen Gefangenen von Drest

WZ. Lemberg, 16. April. (Tel.) Vor dem Geschworenengericht begann der Prozess gegen den Abgeordneten der ukrainischen Nationaldemokratischen Partei Ryzjzanski, der einer der feineren in Drest gefangenen Abgeordneten war. Die Anklage wirft ihm Hochverrat und eine Anzahl anderer Vergehen vor, die er durch Neben in Wahlversammlungen begangen haben soll. Der Angeklagte bekannte sich nicht schuldig. Es wurden Fragen an ihn gestellt, aus deren Beantwortung u. a. hervorging, daß Ryzjzanski ohne Haftbefehl und ohne von den ihm vorgeworfenen Taten in Kenntnis gesetzt zu werden, von einem Polizeikommissar verhaftet und nach Drest gebracht worden war. Ein ordentliches Verfahren wurde gegen ihn erst nach seiner Überführung nach Drest, wo er zwei Monate lang saß, eröffnet.

Rundgebungen in Kanada

WZ. Ottawa, 16. April. (Tel.) In mehreren Städten Kanadas fanden gestern kommunistische Rundgebungen statt. In Ottawa demonstrierten Arbeitslose vor dem Parlamentsgebäude. Auch in Winnipeg mußte die Polizei eingreifen und einen Demonstrationszug von 4000 Arbeitslosen auflösen. Ministerpräsident Bennett erklärte im Unterhaus in Ottawa, die Bundes- und die Provinzregierungen hätten während des Winters 70 Millionen Dollars zur Milderung der Arbeitslosigkeit ausgegeben. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt sei im allgemeinen nicht kritisch, und die Rundgebungen seien hauptsächlich das Werk kommunistischer Aufwiegler.

In Suella versuchte die Polizei, Manifestanten zu zerstreuen und schloß schließlich, wobei eine Person getötet und viele verletzt wurden. — In Sevilla kam es zwischen Kommunisten und Gendarmen zu Zusammenstößen. Die Kommunisten wurden von den Gendarmen schließlich in die Flucht getrieben. Dabei wurde ein Kommunist getötet und 7 Personen verletzt, darunter ein Gendarm.

Macia für ein selbständiges Katalonien

Oberst Macia, der provisorische Präsident der katalonischen Republik, hat einem Vertreter der spanischen Nachrichtenagentur in Barcelona erklärt: „Wir haben die katalonische Republik ausgerufen, was jedoch keineswegs einen Zwiespalt mit den spanischen Republikanern bedeutet, die die spanische Republik proklamieren. Zwischen ihnen und uns herrscht engstes Einvernehmen, doch dürfen wir die öffentliche Meinung Kataloniens, die jetzt fast reiflos für die Selbstständigkeit Kataloniens eintritt, nicht außer acht lassen.“

Die provisorische Regierung der Republik Katalonien setzt sich aus dem Präsidenten Macia sowie je einem Vertreter folgender Parteien zusammen: Republikanische Linke Kataloniens, Republikanische Katalonische Partei, Sozialistische Vereinigung Kataloniens, Gewerkschaftspartei, Katalonische Staatspartei, Radikale Republikanische Partei. Der Vertreter der Sozialistischen Partei ist noch nicht bestimmt.

In Barcelona kam es zu blutigen Zusammenstößen vor dem Gefängnis, wobei die Behörden gezwungen wurden, auch unpolitische Gefangenen freizulassen.

*Das Volksbegehren in Preußen

Das Volksbegehren in Preußen dient dem Zweck, eine sofortige Auflösung des Landtags, der im Frühjahr 1932 ohnehin neu gewählt wird, herbeizuführen. Nach der preußischen Verfassung müssen sich mindestens 20 Proz. der stimmberechtigten Wähler für das Volksbegehren eintragen. (Im Reich genügen dazu bekanntlich bereits 10 Proz.) In Preußen müßten also bei dem Volksbegehren, das am 8. dieses Monats zu laufen begann und 14 Tage lang zur Eintragung ausliegt, etwa 5 1/2 Millionen Eintragungen vorliegen.

Für das Volksbegehren in Preußen treten in erster Linie ein: der Stahlhelm, von dem es offiziell ausgeht, die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei und das Landvolk. Im wesentlichen sind es alle rechts vom Zentrum stehenden Organisationen, die das Volksbegehren unterstützen. Nach den Mitteilungen des Stahlhelms sollen jetzt schon 3 Millionen Eintragungen vorliegen. Daran, daß das Volksbegehren Annahme findet, wird auch in der der preußischen Regierungskoalition nahestehenden Presse kaum noch gezweifelt.

Die Frage ist dann allerdings die, ob auch der Volksentscheid durchgeführt. Bei diesem Volksentscheid müßten ungefähr 13 Millionen Stimmen abgegeben werden. Nach der preußischen Verfassung ist es so, daß beim Volksentscheid die Mehrheit aller Stimmberechtigten dafür stimmen muß. Ob eine derartige Ziffer erreicht werden wird, ist sehr fraglich. Möglich wäre es überhaupt nur dann, wenn auch die Kommunisten, die ja gleichfalls zur Regierung Braun in Opposition stehen und eine sofortige Auflösung des Landtages wünschen, beim Volksentscheid für den Stahlhelmantrag stimmen würden.

Nach dem Wahlergebnis von 1928 verfügt die Regierungskoalition in Preußen (Sozialdemokratie, Zentrum und Demokraten) über 229 Mandate von 450. Die Mehrheit beträgt also nur 4 Stimmen. Nach dem Ergebnis der Reichstagswahl vom 14. September 1930 besteht diese Mehrheit nicht mehr. Und das ist auch der Grund, der die Rechtsopposition zu ihrem Vorgehen veranlaßt hat.

Bemerkenswert ist bei alledem die Tatsache, daß die Rechtsparteien selbst dann, wenn die Wahlen sich nach dem ziffermäßigen Vorbild der letzten Reichstagswahl vollziehen würden, keineswegs von sich aus die Mehrheit hätten. Um eine positive Regierungsmehrheit zu bilden, würden sie unter allen Umständen die Stimmen des Zentrums benötigen. Die Opposition gegen das Kabinett Braun hatte wohl am 14. September 1930 die Mehrheit der in Preußen abgegebenen Reichstagswahlstimmen für sich, aber sie ist ja nicht homogen, da ihr auch die Kommunisten angehören. Die Entwicklung in Preußen müßte schon in einer ganz merkwürdigen Linie verlaufen, wenn die Rechtsopposition bei einer etwaigen Neuwahl allein die Mehrheit gewänne.

Inzwischen haben sich leider in Preußen allerlei Dinge ereignet, die mit der Agitation für das Volksbegehren zusammenhängen und zu mancherlei Beschwerden geführt haben. Die letzte Notverordnung des Reichspräsidenten ist von einzelnen preußischen Behörden in einer Art und Weise angewandt worden, die auch nach der Überzeugung der preußischen Zentrumspresse „außerordentlich bedenklich“ ist und dem Reichskabinett keine schwere Arbeit gewiß nicht erleichtert“. Der Stahlhelm hat sich in aller Form beim Reichskanzler beschwert, und es liegt auch bereits eine Aktion des Landvolks und der Deutschen Volkspartei vor, in welcher nachdrücklich Einspruch gegen die preußischen Polizeimaßnahmen erhoben wird, da sie sich gegen den Wortlaut und Sinn der Notverordnung richten. In dem Telegramm des Führers der Deutschen Volkspartei an den Reichskanzler heißt es: „politische Komplikationen würden unausbleiblich sein, wenn sich die Praxis der preußischen Behörden nicht ändere“.

Das führende Berliner Zentrumsorgan, die „Germania“, erklärte gestern, man könnte der Notverordnung der Reichsregierung nichts Nachteiligeres antun, als wenn man sie ohne weiteres zum Notbehelf gegen das Volksbegehren macht. Polizeiliche Mittel ständen bei jeder Gegenwehr erst an der letzten Stelle. Man solle sie nur dort anwenden, wo Ordnung und Sicherheit gefährdet werden. Die preußische Regierung müsse dafür sorgen, daß in dieser Beziehung dem Gegner kein Material

Mit der Beilage: Amtliche Niederschrift über die 34. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags

geliefert wird, das er schließlich nur gegen sie selbst ausmünzt.

Jeder Mensch von wahrhaft demokratischer Gesinnung wird diese Zeilen unterschreiben müssen und es als eine der zahlreichen Unbegreiflichkeiten unserer Zeit empfinden, daß in Preußen gerade im Geschäftsbereich des Ministers einer Partei, die sich von jeher als Vertreterin der Volksrechte und einer freiheitlichen Auffassung betätigte, derartige Mißgriffe begangen werden konnten. Der betreffende Minister, Herr Severing, war klug genug, die Berechtigung verschiedener Beschwerden einzusehen und diesen Beschwerden nachzugehen. In einer amtlichen preussischen Erklärung heißt es, daß alle diejenigen Fälle, wo Polizeibehörden sich Vertöße zuschulden kommen ließen, vom Innenminister nicht gebilligt worden seien, und daß der Minister bei allen vom Stahlhelm vorgebrachten Beschwerden über Behinderung des Volksbegehrens persönlich für Abhilfe gejorgt habe.

An der Tatsache, daß eine Anzahl preussischer Behörden die Notverordnung des Reichspräsidenten in recht ungeschickter Weise angewandt hat, ist nach dieser amtlichen Darlegung nicht mehr zu zweifeln. Man muß sich darüber klar sein, daß man damit dem demokratischen Staat gewiß keinen Dienst geleistet, sondern höchstens noch ein paar Hasen in die Küche der Parteien des Volksbegehrens gejagt hat.

Kurze Nachrichten

Die Berliner Bürgermeistervahlen wurden von der preussischen Regierung bestätigt. — Der Reichspräsident und der Reichszentralrat haben dem früheren Danziger Präsidenten Sahm anlässlich seiner Wahl zum Berliner Oberbürgermeister herzlichste Glückwünsche und den Wunsch für eine erfolgreiche Amtstätigkeit ausgesprochen.

Besuch deutscher Industrieller in Jugoslawien. Das Programm für einen Besuch deutscher Industrieller aus dem Rheinland und dem Ruhrgebiet in Jugoslawien wird veröffentlicht. Danach werden die Industriellen am 29. April in Belgrad und am 30. April in Laibach eintreffen, wo Besichtigungen der Industriewerke in Slowenien unternommen werden. Am 2. Mai erfolgt die Ankunft in Agram. Am 4. Mai fahren die Gäste nach Belgrad. Dort gibt ihnen das Handelsministerium ein Festessen. In den nächsten Tagen sind Konferenzen mit den Belgrader Wirtschaftskreisen und ein Empfang im Ministerpräsidium vorgesehen. An der Reise werden etwa 20 bis 30 deutsche Industrievertreter teilnehmen, und zwar nur Vertreter großer Unternehmungen.

Die drahtlose Fernsprechverbindung zwischen Deutschland und Siam (Berlin-Bangkok) wurde am Mittwoch dem öffentlichen Verkehr übergeben.

Das Hamburger Attentat. In der Voruntersuchung wegen des Attentates auf Regierungsrat Rastbach hat die Strafkammer Hamburg beschlossen, den angeschuldigten Rohl zur Beobachtung auf seinen Geisteszustand drei Wochen in die Staatskrankenanstalt Langenhorn zu verweisen.

Aufhebung des Straßen- und Brückenzolls für Autos in Tirol. Der Tiroler Landtag hat durch Landesgesetz beschlossen, alle Straßen- und Brückenzölle für Kraftfahrzeuge aufzuheben. Das Gesetz tritt am 1. Mai in Kraft. Damit ist eine Einrichtung gefallen, die bei allen Kraftfahrern äußerst unbeliebt war, denn die Mauten wurden an zahlreichen Straßen und Straßen erhoben. — Noch nicht gelöst ist die Frage für die Abgrenzungstrasse.

Teilweise Einigung in der französischen Kohlenindustrie. Im Kohlenrevier des Departements Gersant haben sich nach ziemlich langwierigen Verhandlungen Arbeitgeber und Arbeiter geeinigt. Die Wiederaufnahme der Arbeit ist beschlossen worden.

Die Kabinettskrise in Argentinien. Aus Buenos Aires wird gemeldet, daß das Gesamtkabinet dem Präsidenten sein Rücktrittsgesuch eingereicht habe. Es wird damit begründet, daß nach den bisher bekanntgewordenen Teilergebnissen bei den Provinzialwahlen der radikale Kandidat Dr. Honorio Pueyrredon die konservativen Kandidaten, Innenminister Sorondo, geschlagen habe.

Badisches Landestheater

Siegfried

Erwartetermaßen hielt sich auch die „Siegfried“-Vorstellung, mit der am Mittwochabend die Gesamtaufführung von Wagner's „Ring des Nibelungen“ ihren Fortgang nahm, auf künstlerisch recht beachtlichem Niveau. Vor allem ließ sich wiederum Generalmusikdirektor Josef Krips seinen der musikalischen Höhepunkte, an denen diese Partitur so reich ist, entgegen. Gleich im ersten Akt fiel außerdem angenehm auf, wie er ihr mit Vorbedacht eine den akustischen Verhältnissen unseres Hauses angepasste Klanginterpretation gab, die niemals die Gesangstimmen erdrückte. Solches geschah um so mehr zum Vorteil der Gesamtwirkung, da die Regie noch nicht überall über eine mitunter zwar charakteristische, aber kaum sofort einprägsame Ausdeutung des Geschehens hinauskommt. Trotzdem hatte aber z. B. Robert Kiefer als Mime doch große Mühe, sich deklamatorisch verständlich zu machen, zumal auch Theo Strad (Siegfried) in diesem ersten Akt stimmlich merkbar zurückfiel, um dann allerdings im zweiten und besonders im dritten Dramenteile desto stärker mit seinem Organ herauszuweisen. In den übrigen Partien boten u. a. Hans Ritsch (Wanderer), Karlheinz Löser (Alberich) und Fina Reich-Dörich (Brünnhilde) ausgezeichnete Leistungen, aber auch Jahnke (Wolfgang) und Erda (Elfride) sowie der Waldvogel (Else) waren entsprechend gut besetzt. Der Beifall steigerte sich zuweilen und nahm von Seiten des vollbesetzten Hauses am Schluß beinahe den Charakter einer herzlichen Ovation an.

Ein Freiburger Gelehrter spanischer Ehren doktor. Der bekannte Freiburger Pflanzler, Geheimrat Prof. Dr. Fink, wurde von der spanischen Universität Salamanca zum Dr. jur. h. c. ernannt. Außerdem wurde ihm von der spanischen Regierung das Komturkreuz des Ordens Alfons XII. verliehen.

Walter Haslam plötzlich gestorben. Der bekannte Bühnenschriftsteller Dr. Walter Haslam wurde am Dienstag in Berlin plötzlich bei einer außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes Deutscher Bühnenschriftsteller und Bühnenkomponisten vom Tode überfallen. Haslam hat ein Alter von 68 Jahren erreicht.

Aus den Ländern

Regierungskrise in Hessen

Im Freistaat Hessen, in dem als einziges deutsches Land sich die Weimarer Koalition seit 1919 ununterbrochen gehalten hat, scheint es nun zu einer Koalitionskrise kommen zu sollen. Die Fraktion der hessischen Staatspartei hat — wie die „Neue Badische Landeszeitung“ meldet — beschlossen, gegen die vom sozialdemokratischen Kultusminister und Staatspräsidenten Dr. Adelung eingeleitete Zusammenlegung des Darmstädter und Mainzer pädagogischen Instituts in Mainz im Landtag zu stimmen. Sie hat einen Antrag eingebracht, das Darmstädter Institut zu erhalten, um seinen Schülern den Besuch der Technischen Hochschule in Darmstadt zu ermöglichen. Dafür tritt besonders der demokratische Abgeordnete Meier ein, der Obmann des hessischen Lehrervereins ist. Beim Ausscheiden der Demokraten aus der Regierung würden Zentrum und Sozialdemokraten immer noch über eine Mehrheit von vier Stimmen verfügen.

Das Volksbegehren in Preußen

Das Berliner Zentrumsorgan „Germania“ wirft die Frage auf, ob es unter den gegenwärtigen Umständen als eine kluge Politik bezeichnet werden könne, ein dreimonatiges Verbot der Stahlhelmszeitung auszusprechen. Das Blatt schreibt weiter:

„Mag dieses Verbot der Stahlhelmszeitung von Preußen her noch so sehr als ein notwendiger Akt des Schutzes der eigenen Ehre angesehen werden — in der Agitation bleibt dieses Verbot eine Beschränkung der Freiheit, die die Freunde des Volksbegehrens aus gesetzlichen Gründen mit Recht für sich in Anspruch nehmen — um so mehr, als die Fälle sich häufen, in denen Versammlungen verboten oder durch die Polizei vorzeitig aufgelöst werden.“

Man kann vor hier aus nicht genau übersehen, worauf diese Versammlungsverbote und Versammlungsauflosungen draußen im Lande im einzelnen beruhen — aber es wäre schon möglich, wenn auch nur der Eindruck entstehen könnte, daß ganz im Gegensatz zu der preussischen Erklärung, die zuständigen Behörden eine fleißige und dem Sinn und Zweck der Verordnung widersprechende Behandlung nicht vermeiden wollten. Wenn es, wie man sagt, beispielsweise wahr ist, daß selbst von der Berliner Zentrale unbearbeitete Plakate später von den örtlichen Behörden für politisch anstößig befunden werden, dann ist da etwas nicht in Ordnung. Wir wünschen und erwarten, daß den nachgeordneten Stellen noch einmal mit aller Dringlichkeit eingeschärft wird, sie möchten nichts tun, was so aussehen muß, als wollte man ein gesetzliches und verfassungsmäßig garantiertes Recht auf Grund einer Notverordnung einschränken, die nur gegen wirkliche Mißbräuche gerichtet ist. Zur Politik gehören nicht nur Paragrafen — wirklich nicht; was zu ihr gehören muß, ist eine große Portion von psychologischen Erkenntnissen. Und es könnte nur von Übel sein, wenn es daran haperte.“

Die Schweiz und die europäische Zollunion

Mit der Weltwirtschaftskrise beschäftigte sich eine groß angelegte Rede des Bundesrats Schulthess, die er anlässlich des offiziellen Tages der Schweizer Mustermesse in Basel hielt. Er führte u. a. aus, daß man stets das Ziel in einer Zollunion der europäischen Staaten erblicke. Eine solche Zollunion betrachte er vorläufig als einen Traum. Länder und Völker, die so verschiedene Lebens- und Produktionsbedingungen, aber auch so verschiedene Lebensansprüche aufwiesen, deren Ansichten und Auffassungen in einer Weise auseinandergehen, wie es in dem alten Europa der Fall ist, könnten kaum in einer Zollunion vereinigt werden, die notwendigerweise zu einer sehr weitgehenden wirtschaftlichen Angleichung führen müßte.

Der neue japanische Botschafter in Berlin, Ralschi Ohta, wurde am Mittwoch vom Reichspräsidenten zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen.

„Die lebendige Stadt“, Zweimonatsschrift der Stadt Mannheim. Mit dem vorliegenden Heft schließt die Zeitschrift ihren 2. Jahrgang ab. Es ist einem an sich trockenen Thema gewidmet, nämlich dem städtischen Vortragswesen; wie es aber von Prof. Schott, dem Direktor des Statistischen Amtes, in geradezu amüsanter Weise behandelt und von witzigen Zeichnungen der freien Akademie, Mannheim, illustriert wird, verdient Beifall. Ein besonderes Gewicht enthält das Heft durch einen mühtigen Aufsatz des Mannheimer Oberbürgermeisters Dr. Heimerich über den „Bürger und seine Stadt“. Zwei interessante Bildberichte: Kleinarbeit im Stadtbild und Neubauten in Mannheim, vervollständigen neben einem Rückblick auf die Hofstra-Ausstellung und zahlreichen Mitteilungen den Inhalt.

Literarische Neuerscheinungen

Abraham a Sancta Clara. Auslese aus seinen Druck- und Handschriften. Von Prof. Dr. Karl Bertsch. Wiesbaden und Leipzig, Verlag von C. Bertelsmann, (1931). 36 Seiten 80. (Verlag von C. Bertelsmann, Leipzig, Nr. 50.) — Die prächtige kleine Auswahl aus den Werken des großen Predigers und Volksschriftstellers, die der unermüdete Abrahamforscher Prof. Bertsch in dem vorliegenden Heft der Öffentlichkeit übergibt, bietet im ersten größeren Teil 14 kleinere, in sich abgerundete Stücke aus den gedruckten Werken, zum größten Teil aus „Judas dem Erbschelm“. Die zweite Abteilung gibt aus den von Bertsch aus der Wiener Staatsbibliothek wieder aus Licht gezogenen Abrahamhandschriften, woraus er bisher schon an verschiedenen anderen Orten wertvolle Mitteilungen gemacht hat, sechs weitere interessante Proben, darunter drei Entwürfe zu Studien aus den gedruckten Werken, und drei bisher noch ganz ungedruckte Stücke. Von besonderem Interesse ist darunter die Mitteilung des einzigen handschriftlich erhaltenen Stücks vom ersten Entwurf des berühmten Aufzugs zum Abwehrkampf gegen die Türken von 1683: „Auf, auf, ihr Christen!“ Der Vergleich dieser in der Beschreibung der Handschriften mitgeteilten Bruchstücke von Entwürfen mit den alten Drucken zeigt auch hier in lehrreicher Weise, wie sehr Vater Abraham auch mit der Feder „schwärmelte“, und wie sehr seine Sprache von seinen, dem bayerisch-österreichischen Sprachgebiet angehörenden Druckern in die österreichische Sprachform umgewandelt worden ist. Ein Anhang von Anmerkungen gibt die nötigen sprachlichen und sachlichen Erklärungen. Der kurz einführenden Einleitung des Herausgebers ist ein Geleitwort von Herbert Eilenberg vorangestellt, woraus man mit Genugtuung sieht, wie heute auch ein so moderner Dichter den alten Augustiner als den großen Meister der deutschen Sprache der er war, rückhaltlos anerkennt. Welch ein Umschwung seit der Zeit noch vor 40 bis 50 Jahren, wo es für die künftigen Literaturhistoriker noch zum guten Kon gehörte, eine möglichst große Verständnislosigkeit für einen so genialen deutschen Schriftsteller zur Schau zu tragen! Daß jetzt diese kleine Auswahl aus der reichen Fundgrube seiner Werke in eine Sammlung von Lehrmitteln Aufnahme gefunden hat, darf freudig begrüßt werden.

Prof. Dr. F. Raugert, München.

Beginn des deutsch-polnischen Prozesses

Die deutschen Schulen in Oberschlesien

Im Beisein einer großen Zuhörermenge, unter der sich u. a. der deutsche Gesandte in Haag, Graf Jech, sowie zahlreiche andere Mitglieder des Haager Diplomatischen Korps befanden, trat Mittwoch nachmittag der Ständige Internationale Gerichtshof im Haag im Sitzungssaal des Friedenspalastes zu seiner 31. (außerordentlichen) Sitzung zusammen. Nachdem der Präsident, Adachi (Japan), die Verhandlungen in dem deutsch-polnischen Streitfall, der sich auf den Besuch der deutschen Minderheitsschulen in Oberschlesien bezieht, für eröffnet erklärt hatte, erhielt der Sachwalter der deutschen Prozedur, Prof. Dr. Kauffmann, das Wort zur Darlegung des deutschen Standpunktes.

Es handelt sich um eine Beschwerde des Deutschen Volksbundes als Vertreter der deutschen Minderheit über die Nichtzulassung von 60 Schülern in den ober-schlesischen Minderheitsschulen. Dieser Bescheid hat der Völkerbundsrat, nachdem vorher der als Berichterstatter fungierende Vertreter Japans ausdrücklich festgestellt hatte, daß die polnischen Behörden die Ausführung einer zugunsten der deutschen Minderheit ergangenen Entscheidung des Präsidenten der Gemischten Kommission für Oberschlesien, Calonder, verweigert hatte, durch eine Entschließung vom 24. Januar d. J. insofern stattgegeben, als er die Angelegenheit zur tatsächlichen Entscheidung an den Haager Gerichtshof verwies.

Auflösung portugiesischer Regimenter

BRN, Paris, 16. April. (Tel.) Gaba meldet aus Lissabon: Der Kriegsminister veröffentlicht ein Dekret, durch das drei Infanterieregimenter, die in Ponta del Gada, Fundal und Angra de Heroismo in Garnison liegen, aufgelöst werden, zwei Küstenwehrtabattionen in Angra und Fundal und die Küstenartillerie von Ponta del Gada. Dagegen wird ein neues Infanterieregiment mit Garnison in Sorta gebildet.

Aleine Chronik

Das Schwurgericht Rottweil beurteilte den 48 Jahre alten Johannes Stieh aus Rottweil, der am 17. Januar seine Frau auf offener Straße mit der Art erschlagen hatte, wegen Mordes zum Tode.

Der Kasseler Kriminalpolizei ist es gelungen, die beiden jungen Leute, die am Montagmorgen den Überfall auf die Filiale der Deutschen Bank am Bahnhof Wilhelmstraße unternommen hatten, zu verhaften. Es handelt sich um zwei Erwerbslose, die ebenfalls vorbestraft sind. Sie haben auch am Abend des 7. September den Raubüberfall auf den Kasseler Omnibus-Gesellschaft verübt, bei dem ihnen 3200 RM in die Hände fielen.

Bei Osabrück glückte am Mittwoch ein Raketenstart des Osabrücker Ingenieurs Tiling. Nach dem Start einiger Modelle ließ Tiling die eigentliche Flugrakete steigen, die eine Höhe von 2000 Meter erreichte, dort zwei Flügel entfaltete und nun in langsamem Segelflug in der Nähe des Startplatzes wieder landete. Das Modell war unbeschädigt und wurde sofort zu einem zweiten Start benutzt. Dann kam noch ein Posten Flugraketen zur Vorführung, die fallschirmartig wieder zu Boden kamen. Tiling glaubt, daß er in Jahresfrist mit einem größeren, bemannten Modell seine Vorfahrungen wiederholen kann.

Das Schülerunglück in der Lübecker Reichwehrtabatterie hat nun ein zweites Opfer gefordert: Kaufmann Glaman, der Vater des beim Verunglück erlegenen Schülers, ist kurz nach seinem Sohne gestorben. Der Tod des Knaben traf den kranken Mann so schwer, daß sein Tod wenige Stunden nach der Bestattung seines Sohnes eintrat.

Die Berliner Staatsanwaltschaft hat Betrugsanfrage gegen den Rechtsanwält und Notar Dr. Haber und fünf Genossen erhoben. Haber wird u. a. beschuldigt, die Reichsschuldenverwaltung in betrügerischer Weise geschädigt zu haben. Bei der Ermittlung über den Betrugsfall sind weitere Fälle aufgedeckt worden, bei denen sich der Verdacht des Betruges und der Amtsunterschlagung gegen Haber ergeben hat.

Drei mit Erdöl gefüllte Waggons entgleisten in Feine (Gannover). Das Erdöl ergoß sich über die Gleisanlagen und geriet in Brand. Haus hohe Flammen stiegen empor und setzten auch das Stellwerkgebäude mit der elektrisch betriebenen Stellwerkseinrichtung in Brand. Die Feuerwehr aus Hannover ging mit Schaumlöschapparaten vor. Verbrannt sind vier Waggons mit etwa 100 000 Kilogramm Erdöl.

Emanuel Lasker: „Brettspiele der Völker, Rätsel- und mathematische Spiele.“ (Mit zahlreichen Figuren. Geheftet 6 RM. Verlag Scherl, Berlin SW 68.) — Das Werk will uns die Geisteswelt der Brettspiele, des Rätsels und der mathematischen Spiele nahebringen. Beginnend mit einer Theorie des Kunststrafels, das es ästhetisch wertvoll und für das es eine Methode der Aufklärung zur Diskussion stellt, geht es über zu den mannigfachen Brettspielen verschiedener Völker und endet mit einer Darstellung und begründeten Lehre der mathematischen Spiele. Die Brettspiele umfassen Schach, Go, Dame, Mühle, Tric-Trac und Laska, ein Spiel, das der ehemalige Schachweltmeister selbst erdacht hat. Jedes Kapitel hat einen methodischen Lehrgang, um den Anfänger, der bisher diesen Spielen fremd gegenüberstand, in alle bedeutenden Grundzüge einzuführen und deren Taktik und Strategie zu erhellten.

„London — was nicht im Baedeker steht“, von G. von Wedderkop. Illustriert. Preis 5,50 RM, Verlag R. Piper & Co., München. — Wedderkop hat schon durch seine Bände über Paris und Köln als kulturbewusster und kennnisreicher Städtebeurteiler großen Beifall gefunden. Der Stadt London aber gehört seine ganz besondere persönliche Liebe, dies merkt man diesem ebenso aufschlußreichen als lustigen Buch auf jeder Seite an. Ob er nun über Londoner Originals und Spezialitäten, über die englischen Klubs oder über die Bobbies (Schubleute), den englischen Sonntag oder die Museen, über die Theater und Zeitungen, die Nachtlokale oder das Parlament spricht, immer gibt er den Geist und die typische Londoner Atmosphäre munterhaft wieder. — Das Buch läßt uns die Denart des Engländers wirklich verstehen und seine Lebensauffassung wirklich erkennen und ist so nicht nur eine gute Vorbereitung für den, der nach London fahren will, sondern auch eine vergnügliche und interessante Lektüre für den, der nie dort war und auch sobald nicht hinfommen wird.

Die Reichssteuer. Einkommensteuer. Bürgersteuer. Jeder Steuerpflichtige muß das Wichtigste über diese Steuern wissen, wenn er sich vor Schäden bewahren will. Die vom Steuer-Tabellen-Verlag Ernstheodor Kämpel, München 2 NO 7, von der Tann-Strasse 10, soeben nach den neuesten Bestimmungen herausgegebene Steuer-Tabellen zum Ablesen der Steuern gibt die Möglichkeit, sich schnell, aber ausreichend zu unterrichten.

Badischer Teil

Teilweise Aufhebung des Demonstrationsverbotes

Nach einer Bekanntmachung des Innenministers im Staatsanzeiger tritt das bisherige Verbot von Ansammlungen und Versammlungen unter freiem Himmel mit sofortiger Wirkung außer Kraft.

Das Uniformverbot bleibt unverändert bis zum 28. April 1931 bestehen. Nach diesem Zeitpunkt ist also das Tragen von Parteiuniformen oder Bundesstrachen gestattet, soweit es sich nicht um Aufzüge, Aufmärsche, Propagandamärsche oder sonstige Kundgebungen unter freiem Himmel handelt. Für solche Anlässe bleibt das Tragen von Parteiuniformen auch weiterhin verboten.

Badische Angelegenheiten vor dem Staatsgerichtshof

Am 25. April wird vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich in Leipzig die Klage der Landtagsfraktion der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in Baden gegen das Land Baden wegen der in der „Karlsruher Zeitung“ vom 5. Juli 1930 veröffentlichten Erklärung des badischen Ministeriums des Kultus und Unterrichts zur Verhandlung kommen.

Am 27. April kommt die verbundene Sache des Deutschen Anwaltvereins E. V. in Leipzig und weiteren Anwalts- und Notarverbänden und Rechtsanwalts, sowie der Badischen Anwaltskammer in Karlsruhe und des Rechtsanwalts Dr. Walded, Mitglied des Landtags, in Mannheim gegen das Land Preußen bzw. das Land Baden wegen Heranziehung der Rechtsanwalts- und Notare zur Gewerbesteuer zur Verhandlung.

Tagung der katholischen Kirchensteuervertretung

Am Donnerstag, den 30. April, tritt in Freiburg die katholische Kirchensteuervertretung zusammen. Die Eröffnung und der Schluss der Tagung erfolgt durch den Beauftragten des Erzbischofs, Generalvikar Prälat Dr. Josef Selter.

Die Südwestdeutsche Gasfernleitungsgesellschaft gegründet

In Darmstadt wurde am Mittwoch den befallig bereits vor einigen Wochen von der Setoga und der Ruhrgas unterzeichneten Ferngasverträgen auch die Unterschrift der Saar-Gas G. m. b. H., Saarbrücken, gleichzeitig als Treuhänderin des preußischen Bergwerks beigestiftet, nachdem auch das preußische Ministerium für Handel und Gewerbe seine Zustimmung hierzu erteilt hat. Gleichzeitig wurde die in den Verträgen vorgesehene Südwestdeutsche Fernleitungsgesellschaft, deren Aufgabe befallig in der Erbauung der der Erfüllung der Verträge dienenden Fernleitung besteht, durch notariellen Akt gegründet.

Gipsdielen

Unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs hat der Minister des Innern das Verbot der Verwendung von Gipsdielen für die Ausführung von Wänden in Küchen, Badezimmern und Aborten für den Wohnungsbau aufgehoben. Dagegen bleibt das Verbot für gewerbliche Küchen, öffentliche Baderäume, öffentliche Aborte (auch solche in Fabriken, Theatern, Versammlungsräumen und dergleichen) aufrechterhalten.

Der Voranschlag der Stadt Adolfszell 1931/32 ist fertiggestellt. Bei 671 065 RM Einnahmen und 878 922 RM Ausgaben ergibt sich ein ungedeckter Aufwand von 207 857 RM. Dieser soll gedeckt werden durch die gleiche Umlage wie im Vorjahre, abzüglich der gesetzlich vorgeschriebenen Senkung, durch die doppelte Bürgersteuer und die Biersteuer. Danach verbleibt immer noch ein ungedeckter Aufwand von 13 000 RM. Für das Rechnungsjahr 1930/31 ist ein Fehlbetrag entstanden, der einen Umlagenachtrag von 2 Pf für das Grundvermögen, 1 Pf für das Betriebsvermögen und 15 Pf für den Gewerbeertrag ausmacht.

Die Elektrifizierung der Ostwestlinie

Der am 15. Mai zur Eröffnung gelangende elektrische Zugverkehr auf der Hauptstrecke Augsburg—München erreicht eine Höchstgeschwindigkeit von 105 Kilometer, so daß der Schnellzug zur Bewältigung der 62 Kilometer langen Strecke nur mehr 45 Minuten braucht.

Wie ferner gemeldet wird, hängt die Anleihe des Landes Württemberg in der Schweiz nicht mit der Elektrifizierung der Strecke (Augsburg)—Ulm—Stuttgart zusammen. Dieses Projekt ist inzwischen, dem „N. L.“ zufolge, in das Stadium der Durchführung getreten, da das Konsortium verschiedener Elektrofirmen den geplanten Auslandskredit von 40 bis 50 Mill. Reichsmark zum Abschlag gebracht hat, und zwar dürfte das Geld zum Teil aus der Schweiz, zum Teil auch aus anderen Ländern wie Holland, beschafft worden sein. Die Vorarbeiten für diese Elektrifizierung sind im Gange; so hat man schon Bauarbeiten u. a. eingeleitet.

Die württembergische Schweizer Anleihe dient lediglich dem zweigleisigen Ausbau der württembergischen Nord-Südstrecke Stuttgart—Zürich, deren Elektrifizierung nicht in Aussicht steht. Bei den Bauarbeiten, für die der Erlös der Anleihe Verwendung finden soll, handelt es sich um Arbeiten, die schon vor Jahren in Angriff genommen worden und bereits weit gediehen sind. Entsprechend ist auch das Abkommen zwischen Württemberg und der Deutschen Reichsbahn über eine Zuschußleistung in der Form eines Darlehens vor etwa 3 bis 4 Jahren beschloffen worden, so daß es sich um keine neuen Objekte und im übrigen um die Beschaffung größtenteils, wenn nicht ganz, für den gedachten Zweck bereits hergegebener Gelder handelt.

Weitere Verbesserungen im internationalen Verkehre

Neue wichtige Schnellverbindungen, Täglich direkte Züge Paris—Heidelberg und Wiesbaden—Rothenburg—Nürnberg über Mannheim—Heidelberg

Der endgültige Entwurf zum Sommerfahrplan hat für Nordbaden, insbesondere für Heidelberg und Mannheim, noch einige sehr bedeutende Verbesserungen gebracht. Den Wünschen wegen besserer direkten Verbindungen mit Paris und den Fremdenstädten am Rhein sowie mit Nürnberg andererseits ist erfreulicherweise weitgehend entsprochen worden. Neben den bisher schon bekanntgewordenen verbesserten Verbindungen von Paris über Saarbrücken—Mannheim nach Heidelberg mit direkten Schlafwagen Paris—Heidelberg und Heidelberg—Paris, wird nunmehr während der Hauptzeit in den Monaten Juli und August bis 10. September ein direkter Tageszug Paris—Straßburg—Baden—Walden—West—Karlsruhe—Heidelberg verkehren (bisher in Karlsruhe endigend). Paris ab 9.05, Baden-Walden-West 17.16, Karlsruhe 17.49, Heidelberg ab 18.32, in umgekehrter Richtung Heidelberg ab 10.03, Karlsruhe ab 11.12, Paris ab 19.30 Uhr. Mit einem neuen Zug Wiesbaden—Mainz—Mannheim—Heidelberg—Nürnberg wird der große internationale Verkehre von Rhein aufgegeben. Wiesbaden ab 7.05, Mainz 7.20, Ludwigshafen 8.33, Mannheim 8.53, Heidelberg 9.17, Heilbronn 10.36, Rothburg 13.38, Nürnberg 18.40 Uhr. Neben direkten Wagen Wiesbaden—Nürnberg führt der Zug auch solche Wiesbaden—Rothburg o. d. T. In umgekehrter Richtung verläßt man Nürnberg 14.00, Rothburg o. d. T. 14.10, Heilbronn 17.01, Heidelberg ab 18.12, Mannheim 18.34, Ludwigshafen 18.52, Mainz 20.19, Wiesbaden 20.34. Auch diese neuen Züge, die erstklassiges Wagenmaterial erhalten werden, verkehren in der Zeit vom 1. Juli bis 10. September.

Aus der badischen Industrie

Noch keine Einigung in der Lohnfrage bei der badischen Textilindustrie. In Freiburg fanden am Mittwoch die üblichen Nachverhandlungen über den für die badische Textilindustrie am 23. März gefällten Schiedspruch unter Vorsitz von Regierungsrat Dr. Dohrbach vom Reichsarbeitsministerium statt. In den vierstündigen Verhandlungen wurde von Arbeitnehmerseite beantragt, daß der Schiedspruch in wesentlichen Punkten abgeändert werden solle. Im Gegenzug dazu trat die Arbeitgeberseite für die Verbindlichkeitserklärung des gefällten Schiedspruches ein, der sich durchaus im Rahmen der sonstigen Schiedsprüche halte. Die Entscheidung über die Verbindlichkeitserklärung wird in den nächsten Tagen erst fallen.

Zusammengebrochener Streik. Die ausländische Belegschaft der Firma Schiele u. Brudersalzer A.-G. in Hornberg hat nunmehr den Streik nach 14tägiger Dauer als aussichtslos abgebrochen, nachdem es der Firma inzwischen gelungen war, den Betrieb durch Einstellung anderer Arbeitskräfte aufrecht zu erhalten.

Lohnabbau bei den Maggiwerten in Sagen. Für die Maggiwerke in Sagen a. S. wurde ein Schiedspruch gefällig, der eine Herabsetzung des Lohnes von 92 auf 86 Pf vorzieht. Der Einwandschiedspruch wurde von der Arbeiterschaft abgelehnt, während die Firma die Verbindlichkeitserklärung beantragte. Bei den Nachverhandlungen erklärten sich die Gewerkschaftsvertreter mit einer Abänderung des Schiedspruches einverstanden, der an Stelle der vorgesehenen 6,52 Proz. Kürzung einer Lohnkürzung um 5,43 Proz. bringt. Die Entscheidung über die Verbindlichkeitserklärung wird in den nächsten Tagen fallen.

Die Maschinenfabrik J. G. Fahr A.-G. in Gottmadingen bei Sagen hat die wöchentliche Arbeitszeit auf 51 Stunden erhöht. Es besteht also wieder Vollbetrieb.

Aus der Landeshauptstadt

Einschränkung der Gesellschaftsfahrten im Pfingstverkehre. Im innerdeutschen Reiseverkehre sind in der Zeit vom 23. bis 25. Mai d. J. Fahrpreismäßigungen für Gesellschaftsfahrten mit Rücksicht auf den zu erwartenden starken Pfingstverkehre aufgehoben. Gesellschaftsfahrten, die am 22. Mai ausgeführt werden, müssen bis spätestens 24 Uhr dieses Tages beendet sein. Diese Einschränkung gilt aber nicht für Reisegeellschaften, die vom Ausland kommen; diesen wird die Fahrpreismäßigungen auch an den Pfingstfeiertagen gewährt.

Verbot gegen das Uniformverbot. Der Polizeibericht teilt mit: Gegen zwei Studenten, die sich in vergangener Nacht in der Uniform der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei durch die Stadt bewegten, mußte polizeilich eingeschritten werden. Es wird bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß durch die Anordnung des Herrn Ministers des Innern vom 14. April 1931 lediglich das Demonstrationsverbot unter gewissen Einschränkungen mit sofortiger Wirkung aufgehoben wird, daß das allgemeine Uniformverbot erst mit Ablauf des 28. April 1931 außer Kraft tritt. Die Bestimmung der Noterordnungen des Herrn Reichspräsidenten vom 28. März 1931 über öffentlich politische Versammlungen sowie Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel (Anmeldepflicht usw.) sind nach wie vor maßgebend.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, von heute morgen: Das von Westen herangezogene Hochdruckgebiet liegt heute über dem mitteleuropäischen Festland. In den unteren Luftschichten hat daher der Wind bei uns nach Ost gedreht. Das Hoch ist aber gleichzeitig schon stark verflacht, daß es nicht mehr nennenswerten Einfluß auf unsere Witterung ausüben kann. — Aber dem Ocean ist jetzt ein neues Hoch erschienen; infolgedessen bleibt der Schwerpunkt hohen Druckes immer noch weßlich von uns, bei welcher Lage mit einer Abänderung des kühlen und unbeständigen Witterungscharakters vorerst nicht gerechnet werden kann. Voraussage: Fortdauer der kühlen und unbeständigen Witterung bei nordwestlicher Luftzufuhr, zeitweise Regenschauer.

Wasserstände: Waldshut 306 minus 4, Basel 120 minus 2, Schutterinsel 185 minus 2, Rehl 323 minus 8, Maxau 507 minus 4, Mannheim 416 minus 1, Caub über 200 Zentimeter.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	16. April		15. April	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.38	168.72	168.30	168.64
Kopenhagen 100 Kr.	112.16	112.38	112.18	112.40
Nyctien . . . 100 L.	21.965	22.005	21.96	22.00
London . . . 1 Pf.	20.382	20.422	20.381	20.421
New-York . . . 1 D.	4.1955	4.2085	4.2050	4.2030
Paris . . . 100 Fr.	16.40	16.44	16.396	16.436
Schweiz . . . 100 Fr.	80.82	80.98	80.80	80.96
Wien 100 Schilling	58.99	59.11	58.985	59.105
Brag . . . 100 Kr.	12.425	12.445	12.424	12.444

Deutschland und die Basler Mustermesse. Der Besuch der Basler Mustermesse durch deutsche Einkäufer — gezählt werden nur die Besucher außerhalb der 50-Kilometer-Zone, da der innerhalb dieser Zone befindliche kleine badische Grenzverkehre wie das schweizerische Inland selbst zur Messe als einer gewohnten Veranstaltung hinstimmt — war in den ersten vier Tagen ein reger. Zirk 200 Personen suchten die Messe zur Anbahnung und Verbesserung der Geschäftsbeziehungen mit der Schweiz auf. Viele verbinden damit auch eine Erholungsreise.

Badisches Statistisches Landesamt

Zusammenstellung der Meldungen der Bauaufsichtsbeamten über Zu- und Abgang von Gebäuden und Wohnungen im Land Baden für das 2. Halbjahr 1930

Zeitabschnitte und Gemeindegroßenklassen	A. Zugang														B. Abgang										
	Gebäude							Wohnungen							Gebäude		Wohnungen								
	davon							davon							überhaupt	davon	überhaupt	davon	überhaupt	davon					
	öffentliche Gebäude	Gebäude für vorwiegend gewerbliche oder sonstige wirtschaftl. Zwecke	Wohngebäude					mit			in Wohngebäuden														
Zahl	ebm umfauter Raum	Zahl	ebm umfauter Raum	Zahl	öffentl. Körper-schaften und Wohngebäude	gemein-nützige Bau-herren	Sonstige (privat) Bau-herren	ebm umfauter Raum	mit 1-3 Zimmern	4-6	7 und mehr	Zahl	öffentl. Körper-schaften und Wohngebäude	gemein-nützige Bau-herren	Sonstige (privat) Bau-herren	durch Um-bau ent-standen	mit Bau-fosten-hilfen (ebm umfauter Raum)	überhaupt	davon	überhaupt	davon	durch Um-bau ent-standen			
1. In den einzelnen Monaten																									
Juli	414	5	10030	49	75855	360	20	43	297	270	938	449	474	15	866	56	197	613	63	788	46	35	53	52	10
August	396	3	7420	30	40816	363	14	80	269	298	924	408	500	16	837	69	273	495	85	831	23	20	28	28	4
September	500	9	48480	38	42068	453	44	27	382	387	1111	594	508	14	994	144	64	786	107	952	45	40	55	54	11
Oktober	511	2	4448	40	36205	469	13	64	392	363	1340	617	708	15	1231	52	341	838	100	1219	57	52	65	65	4
November	349	5	45040	30	29429	314	7	40	287	296	879	483	406	21	789	22	154	613	85	779	29	24	34	33	4
Dezember	319	12	84454	37	102166	270	11	20	239	196	773	381	381	11	680	28	76	576	88	687	16	13	21	21	5
2. Halbjahr 1930	2489	36	959959	224	326539	2229	109	274	1846	1705	5965	2902	2971	92	5397	371	1105	3921	528	5256	216	184	256	253	38
2. Halbjahr 1929 ¹⁾	3710	—	—	—	—	3459	190	533	2707	2691	8784	—	—	—	8106	574	1829	5704	637	7952	304	180	294	286	48
Kalenderjahr 1929 ¹⁾	4145	58	1101306	438	806294	3654	225	184	2688	2681	10323	4721	5432	190	9408	979	1997	6482	9105	192	382	505	498	68	
Kalenderjahr 1929 ²⁾	5345	—	—	—	—	4894	345	726	3823	3854	12357	—	—	—	11352	981	2420	8001	935	11023	346	309	496	480	77
2. In den Gemeindegroßenklassen																									
Gemeinden bis 2000 Einwohner	850	11	27668	49	61698	790	10	4	776	715	1457	669	747	41	1212	21	17	1174	228	1133	135	127	156	155	16
Gemeinden von 2000 bis 5000 Einwohner	622	7	33364	27	32518	588	19	14	555	545	1242	781	458	8	1100	58	51	991	140	1133	39	34	44	43	7
Gemeinden von 5000 bis 10 000 Einwohner	168	3	6600	13	12336	152	17	21	114	138	351	205	141	5	320	32	74	214	28	329	10	8	9	9	—
Gemeinden von 10 000 bis 20 000 Einwohner	154	4	15145	12	11530	138	15	47	76	88	422	229	189	4	406	78	179	149	16	357	1	1	4	4	2
Gemeinden von 20 000 bis 50 000 Einwohner	59	1	18500	1	3950	57	28	6	23	39	146	117	28	1	140	30	13	97	6	113	4	4	14	14	4
Gemeinden von 50 000 bis 100 000 Einwohner	208	2	16740	25	43323	181	15	64	102	89	751	256	468	27	708	90	219	399	39	678	7	6	13	13	1
Gemeinden mit 100 000 u. mehr Einwohnern	428	8	841942	97	161184	323	5	118	200	114	1796	645	945	6	1511	62	552	897	71	1513	20	4	16	15	8

¹⁾ Infolge Änderung des Erhebungsverfahrens sind für die Spalten 3-6 und 13-15 keine Vergleichszahlen vor-

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahl. In Großstadelhofen bei Pfullendorf wurde am Sonntag Gutschäcker Fellmann (Nat.-Soz.) zum Bürgermeister gewählt.

Rückgang des Strom- und Gasverbrauches in Mannheim. Nach dem Bericht der Stadt. Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke über das Geschäftsjahr 1930 ist gegenüber 1929 der Stromverbrauch um 7,2 Proz. und der Gasabfah um 2,7 Proz. zurückgegangen.

Die diesjährige Etatberatung in Mannheim wird am 6. Mai beginnen.

Der Haushaltsplan der Stadt Baden-Baden zeigt eine ungeheure Steigerung des Fürsorgeaufwandes und verminderte Einnahmen. Der Fürsorgeaufwand hat sich um mehr als 350 000 M erhöht, andererseits sind allgemeine Mindereinnahmen von 222 000 M, Wenigererträge in Höhe von 318 000 M aus Grunderwerbssteuer, Gebäudeversteuerung und Bauamtsgebühren, sowie Mindereerträge von 156 000 Reichsmark bei der Kurverwaltung hinzuzurechnen. Es kommt hinzu die katastrophale Lage des Holzmarktes, die die Waldwirtschaft so gut wie unrentabel gemacht hat. Der Haushaltsplan schließt mit 7 707 528 M gegen 8 047 549 M im zu Ende gegangenen Wirtschaftsjahre ab. Der Zuschußbedarf wird insgesamt auf 4 185 315 M beziffert.

Der „Führer“ und die Kehler Gemeindeverwaltung. Im nationalsozialistischen „Führer“ vom 28. März d. J. ist ein Aufsatz erschienen unter dem Titel „Kehler Polizeikorruption“. In der letzten Gemeinderatsitzung in Kehl hat man sich eingehend mit dem Artikel und seinem Inhalt befaßt. Bürgermeister Dr. Lutzmer (Kehl) wies die Vorwürfe, die der frühere Kommissar Bernauer (Kehl), nachmaligen Oberwachtmeyer in Freiburg, in einem dem „Führer“ auf bis jetzt ungeklärte Weise in Abschrift zugänglich gemachten Brief vom 7. Januar 1931 gegen den Bürgermeister, die Beamten des Rathauses und den früheren Kommissar Haas erhoben hat, als unwahr zurück und wies im einzelnen auf die Haltlosigkeit der Anschuldigungen hin. Dem Bezirksamt soll der Sachverhalt dargelegt und gleichzeitig soll gegen Bernauer wegen Beleidigung des Bürgermeisters und der Gemeindefunktionäre vorgegangen werden. Von einer Stellungnahme im „Führer“ wird Abstand genommen.

Verschärfte Kontrolle beim Lörracher Bürgerausschuß. Die Stadtverwaltung Lörrach gibt bekannt, daß, um eine Wiederholung der unliebsamen Zwischenfälle vom Dezember vergangenen Jahres in Zukunft zu vermeiden, der Zutritt zu den Verhandlungen des Bürgerausschusses für die Zuhörer nur noch gegen Eintrittskarten gestattet ist. Diese müssen einen Tag vorher im Rathaus Lörrach besorgt werden.

Der Bürgerausschuß Bad Dürkheim genehmigte den neuen Voranschlag unter Einführung der Bier- und Bürgersteuer ab 1. Mai. Weiter wurde die Aufnahme eines Darlehens von 65 000 M für außerordentliche Ausgaben bewilligt.

Kurze Nachrichten aus Baden

Die Löhne in der Rheinschiffahrt

OB. Mannheim, 16. April. Der Gesamtverband (Verkehrs- und Staatsarbeiterverband) befahte sich der Vertreter der Binnenschiffer, und Hafenarbeiter des Rheins mit der durch den resultatlosen Verlauf der Tarifverhandlungen im Reichsarbeitsministerium geschaffenen Lage. Er kam zu der Entscheidung, daß nicht nur, wie seither, auf der Ablehnung der Schiedsprüche zu beharren sei, sondern auch vom Reichsarbeitsministerium gefordert werden müsse, die Anträge auf Verbindlichkeitserklärung abzulehnen.

Der Zusammenbruch der Orschweier Wirtschaftsgenossenschaft

OB. Freiburg i. Br., 15. April. Das Schöffengericht verurteilte heute nach dreitägiger Verhandlung den Landwirt Ruhn von Orschweier, den ehemaligen Vorstand und Rechner der dortigen ländlichen Wirtschaftsgenossenschaft wegen Verbrochens gegen das Genossenschaftsgesetz, gegen die Konkursordnung und wegen Unterschlagung in fortgesetzter Tat zu einer Gesamtgefängnisstrafe von 7 Monaten und 300 M Geldstrafe. Der Erste Staatsanwalt hatte ein Jahr Gefängnis und 400 M Geldstrafe beantragt. In dem Prozeß wurde festgestellt, daß der Konkurs zu einem großen Unglück für die Gemeinde geworden sei. Der Angeklagte galt als der ungelährte König von Orschweier, der einen sehr großen Anhang hatte. Mindestens seit dem Jahre 1921 hat Ruhn zum Nachteil der Genossenschaft gehandelt. Der Staatsanwalt schilderte den Angeklagten als einen großen Theaterspieler und Zauberer, von dem früher nie bekannt war, daß er schlecht höre und der sich dümmer stelle, als er in Wirklichkeit sei und zu den Geisteskranken in der Gemeinde gehöre.

OB. Philippsburg, 16. April. Das neue Selbstanschlußamt, das zunächst für 120 Teilnehmer angebaut werden soll, wird voraussichtlich im Laufe des Monats Mai den Betrieb aufnehmen. Die hiesige Vermittlungsstelle, zu der auch Guttenheim und Rheinsheim gehören, werden nach Einführung der neuen Betriebsweise an die Fernämter Bruchsal und Mannheim angeschlossen. Mit Waghäusel wird ein sogenannter „Ortsverbindungsverkehr“ eingerichtet.

Wiesloch, 15. April. Die „Schweiz. Ztg.“ teilt heute mit, daß es nicht zuträfe, daß in Walldorf ein Mann festgenommen wurde, dessen Frau angeblich auf dem Totenbett ein Gefähr-

nis abgelegt haben soll. Auch die Richtigkeit des angeblichen Geständnisses wird bestritten. Ein Walldorfer Einwohner, auf den nach den Verhältnissen die Angaben des ersten Berichtes angewendet werden könnten, befindet sich nach wie vor auf freiem Fuß und hat mit der ganzen Angelegenheit auch nichts zu tun. Tatsache ist, daß eine Untersuchung über jenen Raubmord vor 14 Jahren zur Zeit wieder im Gange ist, und daß Erhebungen und Vernehmungen stattfinden.

OB. Baden-Baden, 16. April. Der frühere Kronprinz Wilhelm ist am Dienstag im Auto hier eingetroffen und im Brennerparkhotel Kurhof abgestiegen.

OB. Offenburg, 15. April. Das Schöffengericht verurteilte heute den 23 Jahre alten ledigen Kaufmann Ernst Josef Witt aus Offenburg, wegen Brandstiftung, Unterschlagung und Urkundenfälschung zu einer Gesamtgefängnisstrafe von vier Jahren und 10 Tagen, sowie zu drei Jahren Ehrverlust. Er hatte als Lohnbuchhalter einer in Konkurs geratenen Zigarrenfabrik im Laufe der Jahre durch Fälschung der Lohnlisten und 26 000 M Gelder unterschlagen und — auf der Sparkasse angelegt. Da er bei Eröffnung des Konkurses über seine Firma befürchtete, daß die Unterschlagungen herauskämen, zündete er das Geschäftshaus am 4. Oktober 1930 an und legte die Geschäftsbücher zusammengebündelt in das Zimmer, in dem er den Brand legte. Der Brand konnte gelöscht werden, und so kam auch die Unterschlagung ans Tageslicht.

OB. Badenweiler, 15. April. Reichsgerichtspräsident i. R. Simons ist in Badenweiler zum Kuraufenthalt eingetroffen und im „Hotel Römertal“ abgestiegen. Reichsanwalt Dr. Brüning stakete gestern dem Hochblauen einen Besuch ab. Der Reichsanwalt wird, wie vorgesehen, erst am 23. April nach Berlin zurückkehren.



Badisches Landestheater

Freitag, den 17. April 1931

* F 22 (Freitagsmiete)

Th.-Gem. I. S.-Gr. und 1301-1400

Galvia kauft sich einen Mann

Von Alexander Engel

Regie: v. d. Trend

Ritwirkende:

Ermarth, Ryhoff, Schreiner, Geiselen, Graf, Just, Kubie, Luther, Müller, Ritter, Schulze, Seibert, S. Müller, S. Rienschert

Anfang 20 Ende geg. 22

Preise A (0,70-5 RM)

So. 18. 4. Der Hauptmann

von Köpenick. So. 19. 4. Der

Ring des Nibelungen. Dritter

Tag: Götterdämmerung. Im

Konzerthaus: Meine Frau, das Fräulein.

COLOSSEUM

Karlsruhe

nur vom 16.-30. April, täglich 8.15 Uhr



KASSNER

Der größte Zauberer aller Zeiten!

Eine Symphonie der Illusionen. Eine Schau ungezählter Wunder. Eine Schau des Lachens. Eine Schau unbegrenzter Möglichkeiten.

Kassner, der erste Zauberer, der einen

Elefanten

verschwinden läßt.

Europas größte Schau 128

20 Personen, 25 Tiere

15000 Kilo Gepäck, 2 eigene Möbelwagen u. d. große

VARIETÉ

John Hamilton Ping Pong

lustige Riesengemälde Musikal. Clownerien

The 3 Walkers Pepi Ganzer

Exzent.-Danc.-Akt heitere Typen

Jeden Mittwoch, Samstag und Sonntag,

nachmittags 4 Uhr

ganz kleine Preise

30 u. 40 M bis 1,50 M

Jedes Kind erhält ein Geschenk

Karten im Zigarrenhaus Meyle, Kaiser- u. Wald-

straße Ecke, und an der Colosseum-Kasse ab 5 Uhr.

Der Elefant ist ab Donnersag 5 Uhr im Colos-

seum zu sehen und kann gefüttert werden.

Das Staatsministerium hat mit Entschliebung vom 1. April 1931 Nr. 3594 ausgesprochen, daß die Eigentümer der Grundstücke Gg. Nr. 21 366, 21 367, 21 367 der Gemarkung Pforzheim verbunden sind, an der Neueinteilung der Grundstücke in den Gewannen „Läger“ und „Moth“ der Gemarkung Pforzheim nach Maßgabe des Planes des Stadtrats Pforzheim vom 1. Februar 1929 teilzunehmen.

Pforzheim, den 14. April 1931. D.3.40

Bezirksamt.

Maschinenfabrik Grikner Aktien-Gesellschaft, Durlach

Bilanzkonto am 31. Dezember 1930

Aktiva	RM	RM	Passiva	RM	RM	RM
An Immobilienkonto:			Per Aktienkapitalkonto:			
Grundstücke und Bauplätze . . .	2 699 690,38		21 000 Stammaktien			
Zugang abzüglich Abgang in 1930	12 016,62		à 300,— RM	6 300 000,—		
	2 711 707,—		1 000 Vorzugsaktien			
Abreibung pro 1930	40 675,60	2 671 031,40	à 5,— RM	5 000,—	6 305 000,—	
An Maschinenkonto:			Per Reservekonto			1 100 000,—
Arbeitsmaschinen usw.	1 554 348,91		Per Delcrederekonto			100 000,—
Zugang abzüglich Abgang in 1930	103 397,07		Per Familie Grikner-Stiftung	250 000,—		
	1 657 745,98		Zugang	12 500,—		
Abreibung pro 1930	165 774,59	1 491 971,39	Verwendung	262 500,—		
An Maschineninterimskonto:			Per Beamtenunterstüt-			
In Arbeit befindliche Arbeitsma-			zungsk- u. Pensionskonto	56 243,09		
schinen usw.			Zugang	12 500,—	250 000,—	
An Werkzeugkonto			Verwendung	68 743,09		
An Fuhrpark- und Kraftwagenkonto			Per Konto für Arbeiter-	66 476,69	2 266,40	
Zugang in 1930	1,—		Wohlfahrtszwecke	96 019,15		
	9 051,46		Zugang	96 019,15		
Abreibung pro 1930	9 052,46	1,—	Verwendung	54 806,46	41 212,69	293 479,09
An Patentkonto			Per Fabrikpactafontkonto			412 001,—
An Material- und Fabrikationskonto:			Per Hypothekentkonto			276 678,—
Materialien und Fabrikate		3 223 202,44	Per Obligationenkonto			33 750,—
An Konto der auswärtigen Lager:			Per Kontoforrentkonto:			
Waren in auswärtigen Lagern		279 370,19	Kreditoren	1 872 965,38		
An Kassa- und Wechselkonto:			Einlagen u. Anzahlungen			
Barbestand		5 131,70	auf Bestellungen	62 462,02	1 935 427,40	
An Scheck- und Wechselkonto:			Per Gewinn- u. Verlustkonto:			
Bestand		179 970,27	Vortrag		13 442,21	
An Effektenkonto:						
Bestand		72 402,50				
An Kontoforrentkonto:						
Debitoren	2 589 863,07					
Abreibung	77 265,57	2 512 597,50				
		10 469 777,70				10 469 777,70

Gewinn- und Verlustkonto am 31. Dezember 1930

Soll	RM	Haben	RM
An Allgemeines Unkostenkonto:		Per Gewinnvortrag aus 1929	23 436,90
Unkosten	654 085,05	Per Fabrikationskonto:	
An Immobilienkonto:		Bruttogewinn	860 191,96
Abreibung pro 1930	40 675,60		
An Maschinenkonto:			
Abreibung pro 1930	165 774,59		
An Fuhrpark- und Kraftwagenkonto:			
Abreibung pro 1930	9 051,46		
An Vortrag	13 442,21		
	883 628,91		883 628,91

Die Übereinstimmung vorstehender Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung mit den Büchern der Gesellschaft bescheinigt.

Mannheim, im März 1931.

R.129
Rheinische Kreuzhand-Gesellschaft Aktien-Gesellschaft.
Dr. Michalowsky, Rempter

Der Gesamtbetrag der per 31. Dezember 1930 in Umlauf befindlichen Genußrechte beträgt 18 250,— RM. Die satzungsgemäß aus dem Aufsichtsrat ausscheidenden Mitglieder, die Herren Direktor Franz Blumenfeld, Karlsruhe, Dr. jur. h. c. Otto Deutsch-Beltmann, München und Carl Gentell, Wiesbaden, wurden wieder, und die Herren Kommerzienrat Karl Raquet, Kaiserlautern und Kommerzienrat Dr. Erich Schuster, Freiburg i. Br., neu hinzugewählt.

Durlach, den 14. April 1931.

R.130
Maschinenfabrik Grikner Aktien-Gesellschaft
Rudstühl, Bruun, Ruhn.

Druck G. Braun, Karlsruhe.